Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage- 150 Rpfg. Alle Postanstalten nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 155 — 88. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 6. Juli 1929

Sprachenverwirrung.

Spitze Reden. — Gesunder Menschenverstand. Politische Erbweisheiten.

Wir können es versuchen, wie und womit wir wollen, ob mit Veranstaltungen zu Unehren des Versailler Friedensvertrages oder mit Festlichkeiten zu Ehren der zehnjährigen Wiederkehr der Weimarer Verfassung, ob mit der Verlängerung des Republikschutzgesetzes oder mit dem Abschluß eines großen Vertragswerkes mit der päpstlichen Kurie — immer und überall machen wir die traurige Erfahrung, daß wir uns nicht verständigen können, daß wir uns auseinanderreden, sobald die Debatten nur einigermaßen in Fluß kommen, und daß am Schluß die Uneinigkeit größer ist als je zuvor, trotzdem wir uns ja natürlich alle in ein und derselben Sprache unterhalten, in der Sprache, die mit uns geboren ist. Besonders eklatant wieder das Beispiel der Konkordatsverhandlungen im Preußischen Landtag. Hier sind Zentrum und Deutsche Volkspartei so hart aneinandergeraten, daß zwischen ihnen kaum noch ein freundnachbarlicher Fraktionsverkehr möglich erscheint. Und auch zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Führer der volksparteilichen Landtagsfraktion wurden so spitze Reden gewechselt, daß ein Konkordat zwischen diesen beiden Faktoren des preußischen Staatslebens in absehbarer Zeit als ziemlich ausgeschlossen gelten muß.

*

An der deutschen Sprache als solcher kann es gewiß nicht liegen, daß diejenigen, die sich ihrer bedienen, so schwer zusammenkommen. Hören wir doch oft genug, zu unserer Freude, von Ausländern verschiedenster Zungen, daß ihnen, wenn sie sich untereinander verständigen wollen, nur eben diese deutsche Sprache als eine Art Volapük zur Verfügung stehe; es ist sogar schon einmal vorgekommen, daß Angehörige eines und desselben, auf dem Balkan beheimateten Volksstammes, die irgendwo in skandinavischen Landen auf einer internationalen Veranstaltung auseinanderstießen, nur in unserer Muttersprache in einen Gedanken- und Gefühlsaustausch eintreten konnten, weil der eine im Norden, der andere im Süden dieses Stammesgebietes zu Hause war. Aber im deutschen Sprachgebiet selbst versagt die erlösende Kraft unseres Sprachschatzes nur allzuoft.

Die Verwirrung der Geister wird immer größer, je mehr über öffentliche Angelegenheiten geredet wird, und manchmal scheint es sogar, als wenn über sie geredet wird, damit nur ja keine Verständigung in den lebenswichtigen Dingen zustande komme. Kein Wunder, daß bei diesem Zustand der Dinge diejenigen Männer, die wirklich etwas zu sagen wissen, immer mehr den Geschmack an der Öffentlichkeit verlieren und sich auf die eigentlichen Sondergebiete ihrer Arbeit oder ihrer Interessen zurückziehen. Zum Schaden des allgemeinen Wohls natürlich, das auf diese Weise immer mehr den grundsätzlichen Lärmmachern unserer Tage ausgeliefert wird.

*

Wie anders verstehen doch die Engländer die Schwierigkeiten der Zeit zu meistern! Hat schon der Übergang von der konservativen zur Arbeiterregierung Macdonalds sich ganz geräuschlos vollzogen, als eine Selbstverständlichkeit, die man nach dem unmißverständlichen Votum der Wählerschaft gar nicht antasten dürfe, so bietet das Unterhaus in diesen Tagen der Debatten über die Thronrede und die auf sie zu formulierende Antwort das Bild einer wahrhaft vornehmen, vom gesunden Menschenverstand ebenso wie von sozialer Gesittung beherrschten Nation. Neidlos wird dem Arbeiterführer, obwohl er nur eine Minderheit der Volksvertretung hinter sich hat, fürs erste eine Halbjahresfrist eingeräumt, damit er zeigen kann, was er zu leisten vermag, und Regierungs- und Oppositionsparteien treffen Vereinbarungen über die Ordnung der parlamentarischen Geschäfte, als hätten sie niemals miteinander über Sein oder Nichtsein im Kampf gelegen. Mit einer Loyalität, die in anderen Ländern zuweilen sogar unter politischen Freunden schmerzlich vermißt wird, kündigen hier die Gegner einander an, was der eine von dem andern in Zukunft zu erwarten hat, und es gibt weder eine kränkende Herablassung der alteingesessenen Parteiführer gegenüber den neu heraufrückenden Anwärtern auf die Machtstellungen im Staat noch ein verächtliches Hinwegsetzen dieser Stürmer und Dränger über die geheiligten Sitten und Gebräuche im politischen Leben der Nation. Bleiben die gegensätzlichen Meinungen und Weltanschauungen selbstverständlich auch bestehen, so behandeln ihre Träger sich doch gegenseitig als das, was jeder von ihnen selber zu sein beansprucht, als Gentlemen, und ihre Sprache dient nicht dazu, die Verständigung hinüber und herüber unmöglich zu machen, sondern wenigstens in dem Rahmen, in dem sie überhaupt erzielt werden kann, jederzeit offen zu lassen. Den Baldwin und Lloyd George gilt die bestehende privatkapitalistische Wirtschaftsordnung als unantastbar; würden deren Grundlagen von der sozialistischen Regierung in Frage gestellt, so würden sie sich ungesäumt zum Sturze Macdonalds zusammenfinden. Dieser wiederum will mit der Friedens- und Abrüstungspolitik Ernst machen und wird ja wohl sehr bald Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sein Wille die hier obwaltenden Hindernisse eher zu überwinden vermag, als es den bürgerlichen Regierungen bis jetzt möglich war.

So ist das Kampffeld der Parteien vor der ganzen Nation abgesteckt und das Spiel kann beginnen. Dann aber nach ehrlichen und anständigen Kampfregeln, wie es sich unter Söhnen ein und desselben Volkes gehört. Daß eine heute neugebildete Regierung morgen schon von ihren Gegnern gestürzt wird, scheint in England als unfair zu gelten. Erst soll sie zeigen können, ob sie es besser zu machen versteht als ihre Vorgänger, und nur wenn ihre Taten gegen sie zeugen, darf man sie „davonjagen". Das ist eine der politischen Erbweisheiten, die in England zu Hause sind und die man sich auch anderwärts ruhig aneignen könnte. Vielleicht wäre damit ein erster Schritt getan, aus der unseligen Sprachenverwirrung herauszukommen, die jedem wirklichen Fortschritt im Staatsleben im Wege steht.

Dr. Sy.

England für beschleunigte Räumung

Außenminister Henderson erklärt alle Vorbedingungen für erfüllt

London, 5. Juli. Im Unterhaus wurde heute die politische Aussprache durch eine Rede des Untersekretärs für auswärtige Angelegenheiten in der letzten Regierung, Locker Lampson, eröffnet. Locker Lampson erklärte: Jedes Mitglied dieses Hauses, gleichgültig auf welcher Seite des Hauses es sitzt, wünscht

die Räumung des Rheinlandes durch die britischen Truppen so schnell wie möglich

durchgeführt zu sehen. Wir wünschen auch, wenn möglich, jede einzelne Spur, die noch wie Krieg aussieht, zum Verschwinden zu bringen. Locker Lampson erinnerte dann daran, daß bereits sehr starke Herabsetzungen des britischen Truppenkontingentes im Rheinlande erfolgt seien. Drei verschiedene Zonen seien allmählich geräumt worden, und die gegenwärtige Stärke der Truppen sei nur noch unbedeutend. Diese Truppenverminderungen seien

in gemeinsamer Arbeit mit Frankreich und Belgien

und im Einverständnis mit diesen Mächten erfolgt. Er hoffe, daß die Zusammenarbeit mit diesen beiden Mächten auch fortbestehen bliebe und daß, wenn Großbritannien seine Truppen vom Rheine zurückzöge, dies gleichzeitig und in Uebereinstimmung mit Frankreich und Belgien geschehe. Er müsse auch stark daran zweifeln, ob die deutsche Regierung es selbst gern sehen würde, wenn eine getrennte Zurückziehung der englischen Truppen erfolge und den beiden anderen Mächten der Platz geräumt werde.

Hierauf erklärte

Außenminister Henderson,

eine möglichst schleunige Räumung wäre Deutschland gegenüber im höchsten Maße angemessen, da es, soweit er zu sehen vermöchte, alle Bedingungen erfüllt hätte, die den Deutschen im Vertrag von Versailles auferlegt seien, und daher ein Anrecht auf die Räumung hätten. Da ferner Großbritannien in unmißverständlicher Weise Klarheit darüber zu schaffen hätte, daß die Räumung

so früh wie nur irgend möglich

stattzufinden habe, so sei er davon überzeugt und stimme darin mit Chamberlain überein, daß es nicht im Interesse des europäischen Friedens liege, daß dieser Schritt stufen- und staffelweise getan werde. England solle den Versuch machen, die Regierungen von Frankreich und Belgien zu bewegen, mit England zusammenzugehen, und er sehe keinerlei ernsthafte Schwierigkeiten voraus, die von diesen beiden Regierungen in den Weg gelegt werden würden.

Das Unterhaus kann sich darauf verlassen, daß auf der bevorstehenden Reparationskonferenz jeder mögliche moralische Druck im Interesse einer vollständigen Rheinlandräumung ausgeübt werden wird.

Der frühere Außenminister Austen Chamberlain führte aus, daß das ganze englische Volk und das Unterhaus einig seien in der Forderung, daß das Rheinland sobald wie möglich und von allen Mächten zugleich geräumt werden müsse. Wenn England allein räumen sollte und das englisch besetzte Gebiet von den französischen und belgischen Truppen besetzt werden sollte, so würde das einen Mißerfolg der Regierungspolitik darstellen. Es sei zweifelhaft, ob die deutsche Regierung überhaupt eine englische Teilräumung begrüßen würde.

*

Ohne Räumung kein Young-Plan.

Dr. Breitscheid über die Rheinland- und die Saarfrage.

Der „Temps veröffentlicht Äußerungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid, in denen es u. a. heißt: Wenn die Ratifizierung des Young-Plans nicht mit der Räumung der dritten ebenso wie mit der Räumung der zweiten Rheinlandzone verbunden würde, so würde sich im Reichstag keine Mehrheit finden, die den neuen Zahlungsplan bewilligt. Was das Saargebiet anbetrifft, so kann Frankreich wohl fordern, daß das gegenwärtige Regime unverändert bis 1935 weiterläuft. Aber sollte es, da das Ergebnis durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Volksabstimmung überhaupt keinen Zweifel mehr zuläßt, nicht im Interesse Frankreichs selbst liegen, durch eine gütliche Vereinbarung, die den wirtschaftlichen Interessen beider Länder und denen des Saargebiets selbst Rechnung trägt, bald eine Frage zu regeln, deren Erledigung für die künftigen deutsch-französischen Beziehungen von so großer Bedeutung ist?

*

Krisenstimmung in Paris.

Schuldenabkommen und Rheinlandräumung.

Das französische Kabinett ist unter dem Vorsitz Poincarés zu einem außerordentlichen Kabinettsrat zusammengetreten, um über die innenpolitische Lage zu beraten, die durch einen Beschluß des Finanzausschusses der Kammer für das Kabinett Poincaré sehr heikel geworden ist. Der Finanzausschuß hat nämlich nach tagelangen Beratungen mit einer Stimme Mehrheit den Beschluß gefaßt, daß die Kammer dem Schuldenabkommen mit Amerika nur zustimmen dürfe, wenn an die Spitze dieses Schuldenabkommens der Vermerk gesetzt wird, daß Frankreich nur dann zahlen könne, wenn auch Deutschland seinen Zahlungsverpflichtungen Frankreich gegenüber prompt nachkomme. Poincaré und Briand wissen, daß Amerika auf keinen Fall diese Vorbehalte annehmen wird und werden sich auch kaum dazu entschließen, diesen Ausschußbeschluß von der Kammer annehmen zu lassen.

Der Ausschußbeschluß ist vor allem auf einen Vorstoß der Linksparteien zurückzuführen, die mit diesem Vorstoß die auswärtige Politik Poincarés treffen und Poincaré zwingen wollen, bindende Zusagen über die Rheinlandräumung zu geben. Ob ihnen das gelingen wird, ist allerdings noch zweifelhaft. Jedenfalls ist aber die Stellung des Kabinetts Poincaré sehr unsicher geworden, da ihm ein Teil der Linken, die ihn bisher unterstützt hat, die Gefolgschaft plötzlich versagt.

In politischen Kreisen wird im übrigen wieder Herriot als der kommende Mann bezeichnet. Herriot selbst hat die Ratifizierung des Schuldenabkommens, die Inkraftsetzung des Young-Planes und die Räumung des Rheinlandes für ein unteilbares Ganzes erklärt und den Wunsch ausgesprochen, daß die französische Regierung sich zur Räumung des Rheinlandes bereit finden möchte. Gleichzeitig warnt er indessen davor, schon jetzt auf einer Regelung der Saarfrage zu bestehen.

Schon in den nächsten Tagen wird sich zeigen müssen, ob das Kabinett Poincaré in seiner jetzigen Form weiter die Geschicke Frankreichs wird leiten können.

Französische Truppen im Saargebiet?

Ein Pionierkommando macht Vermessungen.

Die Regierungskommission des Saargebietes ließ zu einer Nachricht der Saarbrücker Landeszeitung, die die Anwesenheit eines mit Vermessungen beschäftigten französischen Pionierkommandos im Saargebiet feststellte, bekanntgeben, nach Prüfung der Angelegenheit habe sich ergeben, daß die Anwesenheit dieses Truppenkommandos auf einen Irrtum beruhe und das das Kommando das Saargebiet alsbald verlassen habe.

Nach den Mitteilungen der Saarbrücker Landeszeitung hat sich das französische Pionierkommando seit Freitag voriger Woche bei dem Orte Mechern im Kreise Merzig mit photographischen Aufnahmen und mit Vermessungen beschäftigt. Die Landeszeitung hatte an die Regierungskommission die Anfrage gerichtet, ob das Kommando sich dort mit ihrem Wissen und ihrer Genehmigung aufhalte. Wenn ja, wer die Genehmigung erteilt habe und wie man sie rechtfertigen wolle, da vom Völkerbund der Aufenthalt französischer Truppen untersagt sei.

Neue Zinsverbilligung für Molkereikredite

Im Rahmen des Notprogramms.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt, aus Mitteln des landwirtschaftlichen Notprogramms für das Rechnungsjahr 1929 eine zweite Zinsverbilligungsaktion für Molkereikredite durchzuführen. Die Zinsverbilligung ist ebenso wie bei der ersten Zinsverbilligungsaktion für Darlehen bestimmt zur Beschaffung von Anlagen und Einrichtungen zur Verbesserung der Milcherzeugung, des Milchtransportes und der Verarbeitung der Milch sowie zur Durchführung sonstiger Maßnahmen, deren Ziel die Rationalisierung der Milchwirtschaft und die Standardisierung und die Typisierung der Molkereiproduktion ist. Die Zinsverbilligung von höchstens 5½ Prozent wird in der Regel nur gegeben zur Durchführung von Maßnahmen, die nach dem 1. Januar 1929 in Angriff genommen worden sind, und zwar höchstens für fünf aufeinanderfolgende Jahre.

Die Zinsverbilligung soll in erster Linie für solche Einrichtungen gewährt werden, die sich vorbildlich auswirken.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF